

**Haushaltsrede der CDU Fraktion
im Rat der Stadt Bedburg
für das Haushaltsjahr 2010
Verfasser Dr. Georg Kippels**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Koerdt,
sehr geehrter Herr Kämmerer Baum,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bedburg.

Der Haushalt des Jahres 2010 stellt sowohl die Verwaltung der Stadt Bedburg als auch den Rat vor eine Aufgabenstellung in bislang nicht bekannter Dimension. Hierbei ist es erneut so, dass die außerordentlichen Aufgabenstellungen nicht etwa eigenverantwortlich herbeigeführt oder auch nur ansatzweise zu verantworten wären. Die Veränderungen, die sich gegenüber den noch durchaus positiven Prognosen des vergangenen Jahres ergeben haben, sind Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise und treffen den Haushalt der Stadt Bedburg mit unerwarteter Härte. Darüber hinaus werden wir allerdings auch mit den Auswirkungen des Wegwanderns des Tagebaus konfrontiert und die Erträge, die noch in den vergangenen Jahren durchaus zu positiven Ausschlägen im Gewerbesteueraufkommen führten, sind mittlerweile auf eine Größenordnung zusammengeschmolzen, die nicht geeignet sind, dem Haushalt ein entscheidendes Gepräge zu geben. Nach nicht repräsentativen Steuerspitzen im Zusammenhang mit Nachveranlagungen in den Jahren 2006 mit 12,6 Millionen und 2007 mit 7,9 Millionen pendeln sich die Planzahlen für 2009 und die Folgejahre in einer Größe von 4,4 bis maximal 5,4 Millionen ein. Bei einem Haushaltsvolumen von 42 Millionen Erträgen und 46 Millionen Aufwendungen ist diese Größenordnung mit knapp 10 % ein Indikator dafür, dass die Haushaltswirtschaft für die nächsten Jahre von dieser Quelle nicht so entscheidend gespeist werden kann, wie dies für eine flexible und leistungsstarke sowie vor allen Dingen unabhängige Haushaltswirtschaft notwendig und wünschenswert wäre.

Die Aufgabenstellung für den Haushalt 2010 lautet daher ganz eindeutig, das Notwendige und Wünschenswerte für das Gemeinwohl auf eine Art herzustellen, die von einer prägnanten Schwerpunktsetzung und zukunftsorientierter Methodik geprägt ist.

Diese führte allerdings auch im Rahmen der Beratungen notwendigerweise zu der Erkenntnis, dass keine einzige Haushaltsposition automatisch der Diskussion entzogen werden kann. Inhalte und Positionen durchaus bewehrter Sachbereiche mussten und müssen auch in der Zukunft einer permanenten Analyse unterzogen werden, um sich einerseits mit dem Wandel in der Gesellschaft und andererseits mit den Schwankungen in der Finanzwirtschaft adäquat auseinandersetzen zu können.

Für die CDU-Fraktion galt es daher, in dem Haushalt eine Schwerpunktsetzung zu formulieren, die das Gemeinwohl adäquat berücksichtigt, eine Zu-

kunftsorientierung für die gesellschaftliche Veränderung vorsieht und gleichwohl die notwendigen Veränderungen und den Übergang vom bisherigen Status in eine zukunftsorientierte Systematik für alle Beteiligten verträglich darstellt.

Die bei Einbringung des Haushalts von der Verwaltung und dem Kämmerer erstellte Konsolidierungsliste – ich verwende ganz ausdrücklich nicht den mittlerweile gebräuchlichen Ausdruck der Horrorliste – zeigte deshalb in analytisch korrekter Aufarbeitung die Potentiale auf, die in einer solchen grundsätzlichen Belastungssituation nicht nur, aber auch der Überprüfung unterzogen werden müssen.

Gerade die ganz außergewöhnlichen Finanzentwicklungen des vergangenen Jahres und der vergangenen Monate haben es klar gemacht, dass Beobachtungs- bzw. Veränderungsperspektiven von mehreren Jahren oder aber auch Veränderungszyklen von 10 Jahren und mehr der Schnelllebigkeit der Wirtschaft nicht mehr gerecht werden und es geradezu zwingend wird, das Gesamtgefüge einer Gemeinschaft einer grundlegenden Bestandsaufnahme zu unterziehen.

Die Auseinandersetzung mit dem Fragenkatalog hat allerdings auch zu der Erkenntnis geführt, dass die Bestandsanalyse zunächst einmal die grundlegende Definition der Eckpfeiler für ein funktionierendes Gemeinwesen erfordert.

Diese Fragenstellung hat die CDU-Fraktion dahingehend beantwortet, dass das funktionierende Gemeinwohl auf jeden Fall auf folgenden Pfeilern errichtet werden sollte:

1. Jugend und Bildung
2. Gemeinschaft und Ehrenamt
3. Technologie und städtisches Wachstum

Auf den ersten Blick könnte sich nun allerdings der Eindruck ergeben, dass die vorgenannten Positionen mit der doch enormen Aufgabenstellung der Haushaltskonsolidierung und Kostenreduzierung in einem elementaren Widerspruch stehen könnten. Wir sind jedoch im Laufe der Beratungen zu der Erkenntnis gekommen, dass gerade die Auflösung dieses vermeintlichen Widerspruchs geeignet ist, die notwendigen Freiräume und Gestaltungsspielräume für die Zukunft zu schaffen.

Im Rahmen der Haushaltsplanungen der vergangenen Jahre spielte der Punkt der Jugend und Bildung eine ganz entscheidende Rolle. Die Analyse der Haushaltspositionen belegt auch heute noch, dass Jugend- und Schulwesen mit einem Gesamthaushaltsvolumen von fast 10 Millionen Euro und damit 25 % des Gesamthaushaltes ein klares Bekenntnis für die nächsten Generationen unserer Kinder und Kindeskinde darstellt.

Umso unverständlicher war es möglicherweise für den einen oder anderen, in der Konsolidierungsliste Streichpositionen unter dem Arbeitstitel der Jugendzentren bzw. des letzten beitragsfreien Kindergartenjahres zu finden.

Hierbei hat sich jedoch eine begriffliche Fehlinterpretation eingeschlichen, die das inhaltliche Bekenntnis zum Thema mit der Methodik zur Problemlösung vermischt hat.

In kaum einem Lebensbereich wie der Entwicklung eines Jugendlichen beginnend mit der unter Dreijährigenbetreuung bzw. dem Besuch im Kindergarten bis hin zur Beendigung der Schulausbildung und der sich anschließenden Berufsausbildung haben sich derart viele Veränderungen für die Betroffenen ergeben.

Zur Erinnerung sei darauf hingewiesen, dass der begriffliche Vorläufer des Internet, das sogenannte World Wide Web, sich erst Mitte der neunziger Jahre und damit vor knapp 15 Jahren etablierte und auch das flächendeckende digitale Mobilfunknetz, das sogenannte D-Netz, Anfang der neunziger Jahre in Deutschland seinen Einzug hielt.

Anders formuliert bedeutet dies, dass der Jahrgang unserer Jugend, der in diesem Jahr mit meist 18 Jahren sein Abitur oder Schulabschluss absolviert, zu einem Zeitpunkt geboren wurde, als diese beiden technischen Errungenschaften, die heute aus keinem Haushalt mehr wegzudenken sind, noch überhaupt nicht existent oder jedenfalls für den Normalbürger nicht erschwinglich waren.

Wissensbeschaffung, Wissensverarbeitung, Kommunikation, Pflege der Gemeinschaft, Mobilität und Individualität sind deshalb heute für jedermann und insbesondere auch für die heutige Generation der Schüler und Auszubildenden ein Themenbereich, der nicht nur selbstverständlich ist, sondern insbesondere einen ganz besonderen Einfluss auf die Persönlichkeitsentwicklung und Persönlichkeitsdarstellung der jungen Generation hat.

Das Problem besteht daher heute nicht mehr darin, Wissen und Informationen zu verschaffen, sondern diese in geeigneter Form zu koordinieren und wiederum in den Kontext der örtlichen Gemeinschaft bzw. der Personen des persönlichen Umfelds zu stellen.

Die CDU-Fraktion hat daher im Rahmen ihrer Schwerpunktsetzung der Haushalte der vergangenen Jahre stets besonderen Wert darauf gelegt, dass die Bildungslandschaft vor Ort auf einem Höchstmaß an technischer Ausstattung steht, personell adäquat begleitet wird und allen Bildungs-, Gesellschafts- und nationalen Herkunftsschichten die Möglichkeit gegeben ist, sich nach den persönlichen Befähigungen und Neigungen zu bilden, ausgebildet zu werden und den Übergang ins Berufsleben zu finden.

Im Rahmen der Entwicklung der schulischen Ausbildung fügt sich daher die Entscheidung zur Erstellung einer Mensa für die Unterstützung des Ganztagesbetriebes konsequent in diese Bewertung ein.

Die Komprimierung der Schulausbildung über einen verkürzten Ausbildungsweg bis hin zum Abitur in Verbindung mit dem Auftrag, auch das körperliche Wohlbefinden der Schüler sicherzustellen, hat zu einem Umdenken

von der konservativen Form des Tagesablaufs eines Schülers hin zur ausbildungsorientierten Lebensgestaltung geführt.

Für die eingangs genannte Säule des Gemeinwesens ist es daher nach Auffassung der CDU-Fraktion zwingend und unabweisbar, auch im Rahmen von ständigen finanziellen Konsolidierungsbemühungen diesen Arbeitsbereich auf den Prüfstand zu stellen und hierbei auch die ununterbrochene Bedarfsabdeckung der veränderten Lebensverhältnisse zu analysieren und erforderlichenfalls nachzuführen.

Im Rahmen der Entscheidung zur Übernahme des Jugendamtes vom Rhein-Erft-Kreises ist es daher eine geeignete Ergänzung, auch im außerschulischen Bereich, der durch die Jugendzentren und die offene Jugendarbeit abgedeckt wird, einen wechselseitigen Diskussionsprozess in Gang zu bringen, bei dem die Beteiligten sowohl die gewonnenen Erkenntnisse als auch Zukunftsperspektiven formulieren und hieraus unter Ausschöpfung finanzieller Optimierungsmöglichkeiten diesen erfolgreichen Weg weiter beschreiten.

Dabei kann und darf die aufgenommene und leider sehr kritisch betrachtete Diskussion zur Fortentwicklung der Jugendzentren unter keinen Umständen nur unter finanztechnischen Gesichtspunkten der Kostenreduzierung geführt werden.

Vielmehr ist es gerade die inhaltliche Herausforderung an dieses Thema, die auch als Chance betrachtet werden muss, finanzielle Synergien zu überprüfen und zielgerichtet einzusetzen.

Die CDU-Fraktion bekennt sich daher hiermit ausdrücklich auch im Rahmen des Haushaltes 2010 für die erfolgreiche Fortsetzung der Arbeit der Jugendzentren sowie der offenen Jugendarbeit verbunden mit der Aufforderung zu einer Aktualisierungsinitiative zur Stärkung des Abdeckungsgrades und der Erfassung neuer Tendenzen und Entwicklungen bei der jungen Generation. Es muss ein klares Augenmerk darauf gelegt werden, dass die Planzahlen der mittelfristigen Finanzplanung gerade noch keine Ergebniszahlen unter Berücksichtigung der Übernahme des Jugendamtes darstellen. Dort eröffnen sich bei einer flexiblen Gesamtentwicklung Veränderungs- und Sparpotentiale, die die geäußerten Bedenken im Hinblick auf die Bestandssituation von einzelnen Jugendzentren sehr schnell entkräften. Die bereits aufgenommenen Gespräche mit den Trägern werden daher bereits in einer Ausschusssitzung im Juni 2010 innerhalb des Familienausschusses einer weiteren Konkretisierung und Ergebnisüberprüfung zugeführt werden, so dass wir zuversichtlich davon ausgehen, dass bereits zum Ende des Jahres eine optimierte Gesamtsituation gemeinschaftlich verabschiedet werden kann.

Hierbei gilt für die CDU-Fraktion die klare Aussage, dass Jugend, Zukunft und Veränderung der Lebensverhältnisse den Mut zum Neuanfang beinhaltet und voraussetzt. Auf dieser Arbeitsbasis kann auch das notwendige Anforderungsprofil der Konsolidierung problemlos erfüllt werden. Es ist allerdings auch unabweisable Notwendigkeit, für den Funktionserhalt des örtlichen Bildungs- und Gemeinschaftssystems.

So sehr wie die Jugendzentren allerdings im fortgeschrittenen Stadium der Persönlichkeitsausbildung der Jugendlichen ihren Arbeitsauftrag finden, ist für die CDU-Fraktion jedoch auch ein klares Bekenntnis für eine frühestmögliche Ausbildung und Förderung der Kleinkinder gegeben. Aufgrund dessen haben wir uns im Rahmen der Haushaltsberatung – wenn auch im reduzierten Umfang – für die Beibehaltung des letzten beitragsfreien Kindergartenjahres entschieden, da gerade die frühkindliche Förderung in der Vorstufe der Einschulung die Basis für eine konsequente Gesamtbildung darstellt. Hierbei ist es sozialpolitisches Anliegen, dass gerade in den Familien mit angespannteren wirtschaftlichen Verhältnissen und damit der fehlenden Möglichkeit der Inanspruchnahme anderweitiger Bildungsunterstützungen dieses Anliegen besonders betont werden muss. Infolge dessen war der untere Bereich der Einkommensstufen der Beitragstabelle gezielt zu fördern.

Die zweite eingangs genannte Säule des Gemeinwesens ist und bleibt – gerade im ländlichen Bereich – die Gemeinschaft und das Ehrenamt. Dies wird in besonderem Maße durch die örtlichen Vereine aus den verschiedensten Betätigungsbereichen verkörpert und unmittelbar gelebt. Da jedoch die Rahmenbedingungen gerade bei Flächenkommunen, wie dies auch die Stadt Bedburg ist, nach den jeweiligen Bevölkerungskonzentrationen sehr unterschiedlich ausgeprägt sind, bedarf es dort punktueller Unterstützung. In der Situation finanzieller Engpässe ist es allerdings dann unvermeidlich, dass eine zukunftsorientierte Unterstützung stattfinden muss.

Mit dem grundsätzlichen Bekenntnis zur Förderung des Ortsteils Kirchtroisdorf muss allerdings gleichzeitig und geradezu zwingend ein Konzeptwechsel umgesetzt werden, mit dem zwar die Intention der Vereinsförderung garantiert ist, die historischen Methoden allerdings aufgegeben werden müssen. Der durchaus lieb gewonnene Weg der Überlassung außer Dienst gestellter öffentlicher Gebäude ist und kann im Zeitalter der Energieersparnis bzw. des geringen Flächenverbrauchs sowie der Innenbereichsverdichtung nicht dauerhaft durchgehalten werden. Der intensive und zielgerichtet geführte Austausch mit den örtlichen Vereinen im Ortsteil Kirchtroisdorf hat insoweit jedoch bestätigend ergeben, dass die Eigenleistungskraft zur gemeinsamen Umsetzung derartiger Projekte sowohl grundsätzlich vorhanden ist, als auch die hieraus gewonnene Perspektive wiederum ein Antrieb für die Fortsetzung bzw. Ausweitung der Vereinstätigkeit ist. Durch Information und Aufklärung kann hierbei auch ein mögliches Bedenken überwunden werden, dass sich die ehrenamtlich Tätigen möglicherweise einer finanziellen Folgebelastung ausgesetzt sehen. Der entscheidende Vorteil für die Haushaltssituation entsteht zweifelsohne durch die Beseitigung von dauerhaften Unterhaltungs- und Renovierungsbelastungen einerseits und einem wesentlich reduzierten Flächenverbrauch bei gleichzeitiger Optimierung der Auslastungssituation. Die Entscheidung für eine Erneuerung eines Bürgerhauses Kirchtroisdorf ist deshalb sowohl ein eindeutiges Bekenntnis zur örtlichen Gemeinschaft und dem Ehrenamt wie auch dem konsequenten Sparbemühen zur Konsolidierung des Haushaltes.

Gleiches gilt in diesem Kontext auch für die von der CDU getroffene Entscheidung zur Veränderung des Ortsteiles Lipp, bei dem die Ausgangslage

durch die Anbindung an die Ortsgrenzen von Kaster und Bedburg-Mitte sowie Bedburg-West ein anderes Anforderungsprofil auslöst.

Die jetzige Haushaltslage erfordert nicht nur innovatives Denken im Umgang mit technischen Instrumentarien, sondern auch die nachhaltige Loslösung von lokaler Grenzbildung bezogen auf die historisch gewachsenen Ortsteile. Hierbei kann und soll keineswegs der örtlichen Gemeinschaft ein Identifikationsfaktor entzogen werden. Identifikation im Rahmen von Gemeinschaft und Ehrenamt kann und darf sich allerdings auch nicht im gegenständlichen Bereich erschöpfen, sondern findet seine Realisierung im persönlichen Austausch der Beteiligten.

Der von der CDU-Fraktion getätigte Anstoß für die Gesamterneuerung des Areals Alte Schule Lipp in Verbindung mit dem Sportplatz Lipp eröffnet neben den finanziellen Potentialen gleichzeitig auch die Chance zu einer zusammenführenden Neugestaltung der örtlichen Gegebenheiten.

Der Optimierungsbedarf, der sich in der jetzigen Haushaltssituation niederschlägt, greift natürlich umso mehr Platz, je größer die Organisationseinheit bzw. die Nutzungseinheit ist.

Infolge dessen ist die langfristige Planung zur Zusammenführung bzw. Ergänzung des Sportzentrums Bedburg-West um einen weiteren Kunstrasenplatz nur eine konsequente Folge der Reduzierung des Pflege- und Unterhaltungsaufwandes durch Aufgabe dezentraler Standorte. Die objektiven Abstände bzw. die gewachsene Mobilität des Einzelnen lassen derartige Zusammenführungen auch in jedweder Hinsicht gerechtfertigt erscheinen, eröffnen aber auf der anderen Seite auch die notwendigen Spielräume, um grundsätzlich die Betätigungsmöglichkeit im Bereich von Sport- und Jugendarbeit unter optimalen Bedingungen und damit mit einem entsprechenden Werbefaktor für die Beteiligten zu erhalten.

Das gleiche klare Bekenntnis unter dieser Säule gibt die CDU-Fraktion zu den Veranstaltungsorten der Schützenbruderschaft Kaster ab. Auch wenn durch die Schallsituation der Multihalle bzw. die städtebauliche Umgestaltung des bisherigen Schützenplatzes vor der Tennishalle Veränderungen notwendig werden, sind aber durch die Planungen Zeichen für die Fortsetzung des Vereinswesens gesetzt. Die Positionen im Haushalt garantieren die Umsetzung und sorgen für Planungssicherheit für die Zukunft. Allerdings setzen derartige Abläufe auch ein wechselseitiges Vertrauen und die Bereitschaft zu Konzeptanpassungen voraus. Nur durch eine Einbettung in die jeweils gültige Planungs- und Gesetzeslage wird die Nachhaltigkeit für eine dauerhafte Vereinsarbeit gewährleistet. Der Grundstein ist mit dem Haushalt aber auch hierfür gelegt.

Die dritte Säule einer langfristigen Haushaltspolitik mit entsprechender Kostenkonsolidierung stellt Technologie und städtisches Wachstum dar.

Die Standortattraktivität eines Ortes hängt bereits seit langer Zeit nicht mehr alleine von der landschaftlichen Einbettung oder dem Vorhandensein eines allgemein zugänglichen Verkehrsmittels, wie etwa einer Bahnlinie ab. Fakto-

ren, die die Stadt Bedburg noch um die Jahrhundertwende zum zwanzigsten Jahrhundert als Industriestandort ausgezeichnet haben, sind mittlerweile nur noch einzelne Mosaiksteine eines farbenreichen Bildes. Die durch das Konjunkturpaket 2 eröffnete Möglichkeit zur flächendeckenden Versorgung aller Ortsteile mit DSL-Technik ist hierbei ebenso ein wesentlicher weicher Standortfaktor, wie die Ansiedlung des Sport- und Wellnessbades Monte-Mare im Freizeitbereich als auch der Ansiedlung des weltweiten Industrieunternehmens Sany im Industriepark Mühlenerft.

Neben diesen Verbesserungen der Freizeit- und Arbeitsbedingungen, sind jedoch auch wegweisende Entscheidungen im Zusammenhang mit der Wohnqualität Voraussetzung für die nachhaltige Verbesserung der Steuerzuflüsse und der Kaufkraftbindung. Mit dem Startschuss für die weitere Umsetzung des innovativen Wohnquartiers „Bedburger Höfe“ ist auch im Rahmen der Wohn- und Aufenthaltsqualität im zentrumsnahen Bereich ein weiterer Lückenschluss der städtischen Entwicklung von Bedburg auf den Weg gebracht. Das sich dort eröffnende Bevölkerungs- und damit verbunden auch Einkommenspotential ist ebenso mit Komponenten der Daseinsvorsorge, wie einem wohnortnahen Schulgebäude zu arrondieren, wie mit der Zugangsmöglichkeit zum Naherholungsbereich. Beides steigert die Wohnqualität.

Eine Konsolidierung eines städtischen Haushalts in der Dimension der Stadt Bedburg erfordert aber ebenso das Zusammenspiel der individuellen Technologieanwendung im privaten Bereich und auch der flächendeckenden Technologieverbesserung im öffentlichen Bereich. Die über das Konjunkturpaket 2 für die Schul- und Verwaltungsgebäude auf den Weg gebrachten Qualitätssteigerungen im Bereich der Energieversorgung können und müssen daher ebenfalls Einsparpotentiale generieren und sind heute unabwiesbare Faktoren für moderne Stadt- und Standortentwicklung. Infolge dessen ist die Entwicklungsentscheidung für das Wohnquartier „Bedburger Höfe“ keineswegs nur vordergründig und kurzfristig unter Grundstücksamortisationsgesichtspunkten zu betrachten, sondern unter dem nachhaltigen Gesichtspunkt der Veränderung der Bevölkerungsstruktur, bei der vor allen Dingen auch generationsübergreifende Wohnbedingungen ein Heraus- und Alleinstellungsmerkmal für die Qualität eines Standorts sind und langfristig Konsolidierungseffekte erwarten lassen.

Die CDU-Fraktion hat sich daher im Rahmen der Entscheidungen zu den drei vorgenannten Grundsäulen der örtlichen Gemeinschaft von der langfristigen Perspektive zur Betriebskostenminderung, Instandhaltungskostenreduktion und Einnahmesteigerung durch Verbesserung der Steuerkraft leiten lassen.

Bei diesen Überlegungen ist uns sehr wohl bewusst geworden, dass so manche, wenn nicht nahezu alle Entscheidungen in dieser außergewöhnlichen Ausgangslage, ein grundlegendes Umdenken sowie das Verabschieden von automatisierten Abläufen erfordert. Dabei ist Innovation sicherlich weder ein Selbstzweck, noch ein Allheilmittel. Gleichwohl zeigt uns alljährlich die Natur, dass ein regelmäßiger Zyklus von Veränderung und Erneuerung ein vollkommen natürlicher und geradezu zwangsläufiger Prozess ist.

Diese tiefgehende und nachvollziehbarer Weise kontrovers geführte Diskussion über Ansätze und Methoden der Haushaltskonsolidierung zeigt aber auch, dass die Parameter, mit denen die von außen an uns herangetragenen Probleme gelöst werden können, grundsätzlich überhaupt keinem parteipolitischen Kalkül oder Polemik zugänglich sind.

Diese grundlegende Ausgangslage verbietet es aber aus Sicht der CDU-Fraktion auch, die sicherlich zu einem späteren Zeitpunkt zu lösende Rathausfrage mit dem Haushalt 2010 zu verknüpfen. Dieses Thema kann und muss losgelöst von den ohnehin schon weitreichenden Fragestellungen erarbeitet und beurteilt werden. Die Beladung des Haushalts 2010 mit der Rathausfrage würde die Konsensfähigkeit der Beteiligten, aber auch die Kompromissbereitschaft und das Problemverständnis der Bürger überfordern. Die CDU hat sich daher ganz bewusst dafür entschieden, dieses Thema erst einer Diskussion zuzuführen, wenn die Haushaltsbasis wieder als gefestigt bezeichnet werden kann.

Ich kann daher auf diesem Wege nur ausdrücklich die Ratsmitglieder von SPD und FWG auffordern, sich zu ihrer gesamtstädtischen Verantwortung für den Haushalt und die Bürger zu bekennen. Treffen sie Ihre Entscheidung zum Haushalt weder aus ideologischen oder traditionsbeladenen Gründen und setzen sie die fast alle einhellig getroffenen Entscheidungen des HFA in eine Gesamtzustimmung um. Auch der Koalition aus CDU, FDP und Grüne ist die Vereinigung auf einen Gesamtkonsens nicht leicht gefallen, aber mit einem Meinungs austausch bis in die letzte Minute konnte das Konzept verabschiedet werden.

Auch wenn dies vielleicht in Zeiten von anstehenden Wahlen erfahrungsgemäß schwer fällt, so muss es doch hier und heute und gerade auch mit Rücksicht auf die nicht zu beeinflussenden äußeren Einwirkungen geradezu eine Verpflichtung sein, ein Signal für die Stadt Bedburg und für die Bürger und ihre Lebensbedingungen zu setzen. Geben sie sich daher, meine Damen und Herren von SPD und FWG, einen nachhaltigen Ruck und bestätigen sie ihre in Einzelberatungen artikulierten Überzeugungen und Entscheidungen auch im Rahmen einer Gesamtzustimmung zum Haushalt. Dies wäre ein eindeutiges und überparteiliches Bekenntnis für die Sache und die Stadt Bedburg.

Ich darf mich an dieser Stelle für die CDU-Fraktion ganz ausdrücklich bei allen Mitarbeitern der Verwaltung für die in diesem Jahr ganz besonders schwierige Aufgabenstellung der Haushaltsaufstellung und Entwicklung von Lösungsansätzen bedanken. Auch Sie haben in besonderem Maße Bereitschaft zur notwendigen Diskussion und der vorurteilsfreien Einbringung von Lösungsansätzen gezeigt. Ihnen gilt daher unser ausdrücklicher Dank.

Abschließend darf ich daher für die CDU-Fraktion ankündigen, dass wir der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses zur Verabschiedung des Haushaltes 2010 in dem jetzt vorgelegten Umfang ausdrücklich zustimmen.

Die langfristige Haushaltskonsolidierung mit einer grundlegenden und zukunftsorientierten Strukturreform wird dabei auch weiterhin unsere maßgebliche Triebfeder sein.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Dr. Georg Kippels
Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Bedburg